



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

Bericht über den Fonds der Stadt München zur Unterstützung der Betroffenen des Oktoberfestattentates bis einschließlich Dezember 2018

GENESE

Die Stadt München organisierte 2016 ein Treffen im Rathaus mit den Betroffenen des Oktoberfestattentats. BEFORE wurde gebeten, anwesend zu sein, sollten sich aus dem Treffen heraus Bedarfe für weitergehende Unterstützung ergeben. Mehrere Betroffene äußerten sich dahingehend positiv, in Zukunft von BEFORE unterstützt zu werden. In den darauffolgenden Wochen kristallisierten sich in vielen Erstberatungsgesprächen die unterschiedlichsten Anliegen heraus, welche auch den divergenten Umgang der Betroffenen mit dem Erlebten und dessen Folgen widerspiegeln, und gegenüber den Berater*innen wurde teils zum ersten Mal über Bewältigung und Trauma gesprochen. Ein wichtiges Anliegen zeigte sich während eines Beratungsgesprächs: Ein Betroffener äußerte den Wunsch, dass für die Anerkennung der Betroffenen ein Opferfonds eingerichtet wird, der Menschen unterstützt, die in München Opfer oder Überlebende*r rechter, rassistischer Gewalttaten geworden sind oder in Zukunft werden. Dieser Wunsch wurde an die Stadt München, Fachstelle für Demokratie und das Kulturreferat herangetragen. Unterstützt von Stadträt*innen, vor allem von Herrn Marian Offman, wurde dieser Wunsch von der Fachstelle für Demokratie in die Verwaltung getragen. Der Stadtrat stellte im April 2018 per Beschluss 50 000€ bereit, um Betroffenen des Oktoberfestattentats unbürokratisch Maßnahmen zu gewähren, welche den Umgang mit den Folgen des Attentats erleichtern würden.

ERSTE GESPRÄCHE

Die Gespräche mit den Betroffenen, die sich aufgrund der Bekanntgabe des Opferfonds gemeldet hatten, fanden von April bis Dezember 2018 mit den Berater*innen in den Räumen von BEFORE sowie aufsuchend statt. Da die meisten Betroffenen nach wie vor Angst davor hatten, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen, wurden Beratungsgespräche auch außerhalb von München wahrgenommen.

In den Gesprächen wurde über Erlebtes während und nach dem Attentat, über den Umgang mit Behörden und über die (Spät-)Folgen gesprochen und eruiert, was helfen könnte, um seelische, physische und materielle Folgen zu lindern. Einige Antragsteller*innen wussten sehr genau, was sie beantragen möchten, andere waren sich unsicher, da sie so viele Jahre auch ohne Unterstützung klarkommen mussten und sich mit dem Zustand arrangiert hatten, um weiterleben zu können. Den Berater*innen wurde klar vermittelt, dass die Betroffenen jahrelang mit ihren Wünschen und Sorgen alleine gelassen wurden, sich in der Vergangenheit für Ihre Bedarfe oft rechtfertigen mussten und teilweise sogar von Behörden und Ärzt*innen schroff abgewiesen wurden. Die meisten Betroffenen hatten bisher keine psychotherapeutische Behandlung in Anspruch genommen. Grund war, dass ihnen direkt nach dem Attentat keine psychologische Unterstützung angeboten wurde und es damals noch keine Opferberatung gab, die sich darum kümmern konnte. Das Erlebte wurde deswegen häufig verdrängt, „man musste weiterleben“ und für die meisten war es dann auch nach so vielen Jahren unvorstellbar, die traumatischen Erlebnisse durch eine Therapie wieder hervorzuholen.



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

ANERKENNUNG

Die Antragsteller*innen berichteten, dass es sie freue, nach so vielen Jahren endlich gehört und ernst genommen zu werden. Das sei vorher nicht geschehen. Außerdem tue es gut, dass ihre psychischen und physischen Leiden als Folge des Anschlags in den Gesprächen mit den Berater*innen und durch die Antragstellung anerkannt würden. Denn alle Betroffenen berichteten von einer unsensiblen, ungerechten und nicht nachvollziehbaren Behandlung durch u.a. das Versorgungsamt (ZBFS), die eine jahrelange zusätzliche Belastung darstellte. Sie hätten deshalb auch oft Ärzt*innen und Behörden, besonders das Versorgungsamt, gemieden, um einer weiteren Traumatisierung vorzubeugen und bzw. eine solche abzuwenden.

Es wurde klar, dass sich Verletzungen und Spätfolgen des Attentats im Alter noch verschlimmerten, besonders, wenn mangelhafte oder keine adäquate medizinische oder therapeutische Behandlung stattgefunden hatte. Außerdem habe es Auswirkungen, dass noch immer nicht anerkannt wird, dass sie Opfer einer politisch motivierten Gewalttat wurden. Es verletze sie, dass sie bis heute nicht entschädigt wurden - weder durch den Freistaat Bayern noch durch den Bund. Die Antragsteller*innen schätzen deswegen die Anerkennung nach fast vierzig Jahren, die sie durch den Opferfonds der Stadt München erfahren und begrüßen, dass sie in der Beratungsstelle BEFORE Ansprechpartner*innen gefunden haben, denen sie - oft zum ersten Mal - vertrauensvoll berichten konnten, wie es ihnen ging und geht. Sie waren aber auch der Meinung, dass ein Fonds von 50.000€, aufgeteilt auf alle Betroffenen, keine Entschädigung sei, sondern als "ein Zeichen der Anerkennung" gesehen und öffentlich bezeichnet werden müsse. In der medialen Auseinandersetzung über das Oktoberfestattentat und den Fonds unterstützte und begleitete BEFORE die Betroffenen auf Wunsch, etwa im Rahmen von Pressekontakten.

ANTRÄGE

In zwei Entscheidungsrunden am 6.7.2018 und 26.11.2018 wurde von Seiten der Berater*innen dem Vorstand von BEFORE e.V. die eingereichten Anträge vorgestellt. Insgesamt wurden bislang 15 Anträge in Höhe von insgesamt 54.647 Euro gestellt. Daraus wurden bisher Maßnahmen in Höhe von 46.432 Euro bewilligt. Aus formalen oder inhaltlichen Gründen konnten nicht alle Anträge in vollem Umfang genehmigt werden. Durchschnittlich 15% der Gesamtsumme aller beantragten Maßnahmen wurde nicht bewilligt. Einige Anträge konnten nur vollumfänglich bewilligt werden, weil sich die beantragte Maßnahme sonst nicht hätte umsetzen lassen.

SCHÄDEN

Die direkt betroffenen Personen waren bei dem Attentat anwesend, weil sie sich in der Nähe des Haupteingangs befanden, als die Bombe explodierte. Sie haben teilweise Angehörige und Freund*innen verloren. Sie wurden schwerverletzt und waren nach dem Attentat Wochen und Monate lang im Krankenhaus. Bei den Verletzungen handelt es sich u.a. um multiple Bombensplitterverletzungen, LWS-Syndrome, BWS-Syndrome, posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), Trümmerfrakturen, Amputationen, chronische Lymphabflussstörungen, Bandscheibenverletzungen, Skoliose, Trommelfellperforationen, Narben an Außenknöcheln und Achillessehnen durch Fremdkörpereinsprengungen der Weichteile, Schwerhörigkeit nach Trommelfellrissen, Hörverluste, Innenohrknalltraumata, Hauterfetzungen und chronische



BEFORE

Beratung und Unterstützung
bei Diskriminierung, Rassismus
und rechter Gewalt

Osteomyelitis. Fast alle Antragsteller*innen haben seit dem Attentat Angst in geschlossenen bzw. überfüllten Räumen, meiden Menschenansammlungen und leiden unter Panikattacken.

MASSNAHMEN

Anträge wurden gestellt und genehmigt für Rehabilitationsangebote (Kur, entzündungshemmende Erholungsangebote), zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage, für Schlafsysteme, um Schmerzen zu lindern, für Hilfemaßnahmen wie ein Elektrofahrrad zur Sicherstellung der eigenständigen Mobilität, für Hörgeräte, orthopädische Hilfsmittel, Behandlungen und medizinische Anwendungen (Osteopathie, Trainingskurse), um den Muskelapparat zu stärken.

REAKTIONEN DER BETROFFENEN

Für die Betroffenen, Hinterbliebenen und Angehörigen war die Einrichtung eines Fonds und die Möglichkeit, Beratung zu erhalten, ein wichtiges Zeichen, sowohl nach Außen als auch nach Innen. In allen Beratungsgesprächen haben die Antragsteller*innen wohlwollend darüber gesprochen, dass der Fonds für die persönliche Verarbeitung und den Umgang mit den Folgen wichtig ist. Dass nun nach einer sehr langen Zeit an die Betroffenen gedacht wird, wurde ebenfalls immer wieder hervorgehoben und hat für sie Bedeutung. Außerdem wurde durchweg positiv aufgenommen, dass den Antragsteller*innen so unbürokratisch geholfen wurde.

Dies illustriert besonders folgende exemplarische Rückmeldung, die wir mit Erlaubnis der Verfasser*innen gern weitergeben möchten:

Sehr geehrte Frau W.,

es fehlen uns ehrlich ein bisschen die Worte; aber es tut gut zu erleben, dass wir nach 38 langen Jahren diese Unterstützung von Ihnen erfahren. Unser herzlicher Dank gilt Ihnen, Ihrer sehr geehrten Kollegin Frau U. und allen, die an dieser Entscheidung mitgewirkt haben.

Ihre Unterstützung gibt uns die Sicherheit, auch im kommenden Jahr die für uns so wichtige Kur wieder antreten zu können. Es ist schön zu erfahren, dass wir als Opfer dieser "schrecklichen Nacht" nicht in Vergessenheit geraten sind. Dies ist auch ein Grund, dass wir an der Enthüllung der Gedenktafel am 4.9.18 nach München anreisen werden.